

Ewgeniy Kasakow (Hg.)

Spezialoperation und Frieden

Die russische Linke gegen den Krieg

UNRAST

Ewgeniy Kasakow

Ein Versuch, richtige Antworten auf falsche Fragen zu finden

Wie links ist Putin?

›Russland unter Putin steht eine linksnationalistische Wende‹ bevor, so lautete das Verdikt von Grigori Jawlinski, langjähriger Anführer und bis heute faktischer Kopf der sozialliberalen *Jabloko*-Partei, am 19. März 2022 im Gespräch mit den Journalisten Alexei Wenediktow und Arkadi Dymarski.¹

Eine Besonderheit von Putins Russland ist, dass auf die Frage nach den Wurzeln und dem politischen Wesen seines Regimes ein liberaler Oppositioneller mit Sicherheit die Vergangenheit des Präsidenten beim KGB², seine Sowjetnostalgie und das Wirken der sowjetischen Propaganda nennt. Als Beweis dafür, dass der Präsident sich nicht mit dem freien Markt anfreunden kann, wird sein Fernsehinterview aus dem Jahr 2020 angeführt, in dem er die von den liberalen Kräften so geschätzte Klasse der Unternehmer abwertend als »Krämerseelen« (torgaschi) bezeichnete.³

Stellt man dieselbe Frage jemandem aus der linken Opposition, dann wird der durch inflationäre Verwendung abgenutzte Begriff ›neoliberal‹ fallen und in diesem Zusammenhang nicht nur die Amtsübergabe von Boris Jelzin an Putin genannt werden, sondern auch seine Nähe zu dem Sankt-Petersburger Bürgermeister Anatoli Sobtschak sowie zu einem der berüchtigtsten ›Schocktherapie‹-Reformern und Architekten der Privatisierung der 1990er-Jahre, Anatoli Tschubajs, hervorgehoben werden. Ein

-
- 1 Iščem vyhod. In: *Živoj gvozď*. 19.03.2022. <https://www.yavlinsky.ru/article/moment-istiny/>
 - 2 Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, sowjetischer Geheimdienst von 1954 bis 1991.
 - 3 Siehe: <https://putin.tass.ru/ru/o-biznese/>. Dass Putin den Egoismus der Unternehmer im Namen der Nationalmoral anprangert und damit durchaus in konservativer Tradition steht, wird leider wenig beachtet.

oppositioneller Stalinist wird auf die staatlichen Finanzierungen für das durch und durch antisowjetische Boris-Jelzin-Museum (Jelzin-Zenter) in Jekaterinburg hinweisen.

Ein sowjetnostalgischer linker Nationalist, der dem Präsidenten nicht wohlgesonnen ist, wird auf den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) 2012 und sein beharrliches Festhalten an den Handelsbeziehungen zur westlichen Welt aufmerksam machen. Und nicht unerwähnt bleiben, wird dabei Putins demonstrative Verehrung für den Schriftsteller Alexander Solschenizyn, welcher der Sowjetunion stets alles ›Russische‹ absprach, sowie Putins immer wieder erfolgte Distanzierungen von Stalin.

Ein rechter Nationalist wird dem Präsidenten seine ständigen Betonungen des multiethnischen Charakters der Russländischen Föderation vorhalten, wie auch das sich Abfinden mit den Eigenwilligkeiten von ›nationalen Eliten‹ in den nordkaukasischen Republiken und das Zulassen der massenhaften Arbeitsmigration.

Selbstverständlich variieren die Vorstellungen davon, was als ›links‹ und was als ›rechts‹ gilt, in verschiedenen Staaten und Epochen. Was heute als Standardprogramm einer westeuropäischen konservativen Partei gilt – Nationalstaat, Parlamentarismus, Freihandel – wurde vor (und in vielen Ländern auch lange Zeit nach) 1848 fast überall in Europa als höchst subversiv, revolutionär und damit eben als ›links‹ angesehen. Als 1989 Putins politischer Ziehvater, Anatoli Sobtschak, sich auf dem Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion einen Namen als einer der wortgewaltigsten Führer der Opposition zum Machtmonopol der KPdSU machte, teilte sich das neu entstehende politische Spektrum der UdSSR in ›Demokraten‹ und ›Kommunisten‹. Erstere galten als ›links‹, weil sie für Veränderung, für mehr Pluralismus, weniger Zensur und für mehr – über die Dosierung herrschte in diesem Lager Uneinigkeit – Markt-reformen waren. Ihre Gegner, die ›Kommunisten‹, galten als ›rechts‹ und ›konservativ‹, ihr Lager umfasste diejenigen, die für Reformen, aber in einem langsameren Tempo eintraten, diejenigen, die die ideologische Rehabilitierung Stalins anstrebten, und die mit diesen zunehmend verflochtenen Strömungen der russischen Nationalisten. Erst Mitte der 1990er wurde die ›Links-rechts-Einteilung‹ im öffentlichen Bewusstsein Russlands etwas an die weltweiten Kriterien angepasst. Von nun an galt die etatistische KPRF als ›links‹, die Kräfte, die für die Marktwirtschaft

eintraten, als ›rechts‹.⁴ Als 1999 die Partei *Einigkeit*, die später den Namen *Einiges Russland* tragen wird, zum ersten Mal zu Wahlen antrat, galt sie als eine Kraft der politischen Mitte, wobei rechts davon die liberalen Parteien *Union der rechten Kräfte* (SPS) von Boris Nemzow sowie *Jabloko* und links davon die KPRF verortet wurden. Putin und *Einiges Russland* wiederum meiden die Begriffe ›links‹ und ›rechts‹ in Bezug auf die eigene Politik und erhalten dadurch die Illusion, der Präsident würde über dem politischen Spektrum stehen.

Ein genauerer Blick auf die Reihen der offen oder faktisch für Putin und gegen alle Versuche, ihn durch Proteste zu stürzen, eintretenden Personen und Organisationen offenbart jedoch, dass sich dort diejenigen wiederfinden, die sich noch in der 1990ern unerbittlich feindlich gegenüberstanden. Im Pro-Kreml-Lager lassen sich Marktliberale, Sowjetnostalgiker, Monarchisten und Nationalisten ausmachen. Man kann nicht das unter Putin entstandene Herrschaftsmodell erklären, wenn man sich lediglich auf den Repressionsaspekt konzentriert und die massive Integrationskraft des Regimes unbeachtet lässt. Faktisch entstanden unter Putin zwei parallele politischen Spektren: Es gibt kremloyale Linke, Liberale, Nationalisten und oppositionelle Linke, Liberale, Nationalisten. Die Argumentationen für Putin ähneln sich auffällig: ›Wenn Putin nicht da wäre, hätten längst prowestliche Liberale / totalitären Kommunisten / korrupte Oligarchen / extreme Nationalisten oder Fundamentalisten die Macht übernommen‹ und suggerieren, es handele sich dabei um eine Art taktisches Bündnis. Derselbe Faktor, der das System stabilisiert und jede Opposition spaltet, könnte sich in Abwesenheit Putins als eine Schwachstelle erweisen: das Pro-Putin-Lager ist durch keine ausgearbeitete Ideologie zusammengehalten, *Einiges Russland* hat kein Programm jenseits der Unterstützung von Putin.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Putins ›Mind Setting‹ irrelevant wäre oder sich der politischen Analyse entziehen würde. Die meisten westlichen Linken würden vor allem Adjektive wie ›autoritär‹ und ›homophobe‹ verwenden, um zu beweisen, dass Putin einfach nichts mit links zu tun haben kann. Aber schließlich werden auch Politiker wie zum Beispiel der ehemalige peruanische Präsident Ollanta Humala oder der ›Maximo Lider‹ der Kubanischen Revolution eindeutig in den linken Lagern ihrer jeweiligen

4 Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen: The Evolution of Left and Right in Post-Soviet Russia. In: *Europe-Asia Studies*. Vol. 50. № 6. (1998) P. 1023–1042. Hier: 1028.

Länder verortet. Das Phänomen der sogenannten ›Putinverstehler‹ aus dem linken Lager lässt sich nur erklären, wenn man genau untersucht, wann und wie oft der russländische Präsident Sätze formuliert hat, denen viele Linke auch im Westen nur zustimmen können.

Einer der zentralen Punkte, den Putin mit den radikalen Linken in Russland und im Westen teilt, ist die tiefe Überzeugung, dass die westliche Politik verlogen und heuchlerisch sei. »Wer stellt die Regeln auf? Wer sagt, dass sie gelten?«, fragt sich der Autokrat scheinbar ganz antiautoritär. »Wir hören von allen Seiten: Der Westen verteidigt die regelbasierte Ordnung. Was für Regeln? Wer hat sie je gesehen? Wer hat sie festgelegt? Hören Sie: Das ist alles Geschwätz, reinster Betrug, doppelte, ja sogar dreifache Standards! Für Idioten gemacht.«⁵ Jedes Mal, wenn sich westliche Regierungen als eine moralische Instanz aufspielen und quasi als Weltpolizei handeln, entfährt Putin ein Aufschrei der Empörung. Daraus liest er die kolonialistische Degradierung seines Landes und der russischen Kultur heraus. »Russland ist eine Großmacht mit tausendjähriger Tradition, eine eigene Zivilisation, und solchen untergeschobenen Lügenregeln wird es sich nicht beugen.«⁶ Seine Praxis als Staatschef eines wirtschaftlich schwächeren Staates passt ganz gut zu der Theorie über den ›Weltimperialismus‹, die ihm im sowjetischen Bildungssystem beigebracht wurde. In seiner ›Annexions-Rede‹ vom 30. September wirft er dem Westen Kolonialismus und Sklavenhandel in der Vergangenheit vor. Gleich im nächsten Satz kritisiert er dann aber ›die westlichen Eliten‹ dafür, dass sie ihren Bürgern die Schuld für die Taten ihrer Vorfahren anlasten, was ein unverhohlener Wink an die Rechten ist, die am Kolonialismus eher wenig auszusetzen haben. Diesem Schema folgend ist die gesamte Rede aufgebaut. Auf den Appell an das antifaschistische Gedächtnis folgen Zitate des Faschismus-Bewunderers Iwan Iljin, auf die Empörung über den Kolonialismus folgt ein Lobgesang auf die Überlegenheit der russländischen Kultur und so weiter.⁷ Derart ist die gesamte Propaganda in den loyalen Medien Russlands aufgebaut. In den USA sind Aussagen wie ›Amerika ist keine echte Demokratie, da

5 Putin, Vladimir: Rede zur Aufnahme der »Volksrepubliken Donezk und Lugansk« und der Gebiete Zaporozje und Cherson in die Russländische Föderation. 30.09.2022. In: *Osteuropa.Blog*. <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/rede-zur-aufnahme-der-volksrepubliken-doneck-lugansk-zaporozje-und-cherson/>

6 Ebd.

7 Ebd.

rassistische Polizeigewalt an der Tagesordnung ist < und > die Demokratie in Amerika ist dem Untergang geweiht, weil halb wilde Kriminelle die gleichen Rechte wie loyale fleißige Bürger für sich beanspruchen < Ausdruck zweier sich ausschließender politischer Haltungen. Im russländischen Fernsehen hingegen werden solche Positionen in ein und demselben Absatz vom Kommentator verwendet. Wie ich im Folgenden zeigen möchte, sind das keine Zufälle, keine Ungeschicklichkeiten, keine Versprecher. Es ist eine Propagandamethode, die Menschen mit verschiedenen politischen Ausgangspunkten zu denselben Konsequenzen lotsen soll.

Vermutlich ist es die selektive Wahrnehmung eines Teils der westlichen Linken, der nur jene Aussagen Putins hört, der in das eigene Bild passt und der zu einer positiven Rezeption seines Tuns führt. Etwas anders sieht es mit der Kritik solcher Kräfte wie der KPRF und anderer >Linkspatrioten< in Russland aus. Es wäre falsch, ihre Anlehnung an Putin einfach als >Opportunismus< zu deuten, Nicht sie übernehmen Putins Wortwahl, sondern er ihre. Die KPRF und viele weitere »volkspatriotische Kräfte« haben seit den 1990er-Jahren die Rhetorik des antikolonialen Kampfes für sich entdeckt, erwarten ständig die Besatzung und Aufteilung Russlands, sehen im liberalen Lager vor allem potenzielle Kollaborateure mit den kommenden westlichen Eroberern – und dieses Weltbild wird mit jedem neuen >Friedenseinsatz<, jeder >humanitären Intervention< bestätigt. Wenn Putin darüber klagt, der Westen würde mit ihm nicht über Russlands Interessen verhandeln wollen, macht sich in diesem Lager eine >Das haben wir doch immer gesagt<-Stimmung breit. So gesehen, können diese Kräfte Putin als ihren Verbündeten wider Willen sehen. Dass unter seiner Herrschaft ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten weitgehend neutralisiert wurden, müssen sie dabei aber ausblenden.

Die untergegangene KPdSU, die KPRF, Putin und nicht wenige Linke eint die Vorstellung, bei der parlamentarischen Demokratie handle es sich vor allem um einen raffinierten Betrug und eine Manipulation der Eliten. >Die Eliten< ist ein sehr präsentenes Wort in Putins Reden und es ist kein Zufall, dass sein äußerst hierarchisches System sich damit legitimiert, dass überall sonst auf der Welt nur Manipulation durch heimliche Strippenzieher stattfindet. Wenn hinter jeder Demokratie ohnehin nur Tyrannei stecke, dann sei der Autoritarismus nur ehrlich – so die scheinbare Logik.

Werfen wir nochmal einen Blick auf Putins politischen Werdegang – oder besser zuerst einmal auf den seines Schutzpatrons Anatoli Sobtschak.

Der Leningrader Jurist war nicht nur einer der besten Redner auf dem Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion im Jahr 1989.⁸ Er war häufig auch der Erste, der damals noch umstrittene Thesen aussprach. Der in den ersten und einzigen verhältnismäßig freien landesweiten Wahlen der UdSSR gewählte Kongress sollte als Legislative agieren, doch verkam er schnell zu einer Kundgebung, bei der die Deputierten ihre politischen Positionen vor den Fernsehcameras vortrugen. Sobtschak war einer der Ersten im demokratischen Lager, der sich von der Ineffektivität der Sowjets und der Notwendigkeit eines Berufsparlaments überzeugt zeigte. Als Michail Gorbatschow, als Vorsitzender des Obersten Sowjets faktisch nur zur Sitzungsleitung berechtigt und damit machtlos, sich zum Präsidenten der UdSSR wählen lassen wollte, warb Sobtschak bei den Demokraten für Unterstützung. Viele befürchteten, Gorbatschow, der nicht mehr durch den Parteiapparat regieren konnte und wollte, plane eine neue Diktatur, doch Sobtschak vertrat energisch die These, die Reformen bräuchten einen starkes, mit genügend Vollmachten ausgestattetes Staatsoberhaupt.⁹

Entgegen der späteren Mythologie waren die >Demokraten< der Perestrojka-Zeit keineswegs >vaterlandslose Gesellen< oder allesamt Anhänger des Zerfalls der Sowjetunion. Der Übergang von der realsozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft war für einige dieser >Demokraten< nicht mit der Auflösung der Sowjetunion in einzelne Nationalstaaten gleichzusetzen. Sobtschak äußerte sich noch im Januar 1992 dahingehend, dass die Krim zu Russland gehören sollte, und sah durch eine unabhängige Ukraine schlechtere Chancen für Marktreformen gegeben. Damit war er nicht allein: Der Regierungschef Jegor Gajdar bedauerte den Verlust der Krim als notwendiges Übel, ein anderer bekannter Vertreter des Marktreformlagers, Jewgeni Saburow, wirkte in der antiukrainisch orientierten Regierung der Autonomen Krim mit – musste allerdings dafür die ukrainische Staatsbürgerschaft annehmen.

Unter den russländischen Liberalen hatten sich noch vor Ende der Sowjetunion Stimmen erhoben, die über die Chancen einer >autoritären

8 Salazar, Marlies: Zum Tode des Politikers Anatolij Sobtschak. In: *Konrad-Adenauer-Stiftung Länderberichte*. 01.03.2000. www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zum-tode-des-politikers-anatolij-sobtschak

9 Sobtschak, Anatoli: *Für ein neues Russland: Unser Kampf um Recht und Demokratie*. Bergisch Gladbach 1991.

Modernisierung< spekulierten.¹⁰ In den Kreisen der ›Schocktherapie‹-Befürworter genoss die Zusammenarbeit des chilenischen Diktators Augusto Pinochet mit den monetaristischen Experten der ›Chicago-School‹ hohes Ansehen.¹¹

Sowohl vor als auch nach dem Zerfall der Sowjetunion plädierten einige namhafte Liberale für einen ›liberalen Imperialismus‹. So meinte Alexei Uljukajew, der 2013–2016 als Minister für wirtschaftliche Entwicklung in der Regierung von Dmitri Medwedjew fungierte, Russland wäre dazu verurteilt, ein Imperium zu sein.¹² Ein Jahrzehnt später äußerte Anatoli Tschubajs, ein weiterer Förderer von Putins Karriere, Russland habe eine ›liberal-imperiale‹ Mission zu erfüllen, wozu unter anderem der Schutz der russischen Minderheiten in den Nachbarländern falle, wenn auch unter Beachtung der anerkannten Grenzen.¹³ Beunruhigt antwortete ihm ein ukrainischer Autor daraufhin, Liberalismus und imperiale Ambitionen würden sich nicht vertragen – doch dieser Einwand war durch keinerlei historisches Wissen gedeckt.¹⁴

Die reale Rolle Russlands in der Weltpolitik entsprach offensichtlich nicht den Erwartungen, die viele jener Personen hegten, die enthusiastisch das sowjetische System demontierten. Russland blieb weit vom Status einer wirtschaftlichen Weltmacht entfernt. Diejenigen ehemaligen Sowjetrepubliken, die schnell Eingang in die westlichen Bündnisse fanden, wollten zum Nachfolgerstaat der UdSSR Distanz wahren. Auf Russland angewiesen blieben Staaten, bei denen die westlichen Beobachter stets Defizite in Sachen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktreformenten feststellten. Die russische Führung wiederum sah, dass auf die Diagnose ›keine Demokratie‹ bei den wenigen verbliebenen Verbündeten ein ›regime change‹ folgen kann-

10 Kljamkin, Igor; Migranjan, Andranik: Nužna li si'naja ruka? In: *Literaturnaja gazeta*. 16.09.1989. S. 10; Travin Dmitrij: Avtoritarnyj tormoz dlja »Krasnogo koleasa«. In: *Zvezda*. 6. (1994) S. 125–134; Sautman, Barry: The devil to pay: the 1989 debate and the intellectual origins of Yeltsin's »soft authoritarianism«. In: *Communist and Post-Communist Studies* (Vol. 28). 1. (1995): P.131–151.

11 Rupprecht, Tobias: Pinochet in Prague. Authoritarian Visions of Economic Reforms and the State in Eastern Europe, 1980–2000. In: *Journal of Modern European History* 3 (2020). P. 312–323.

12 Uljukaev, Aleksej: Najdetsja li novy centr. In: *Moskovskie Novosti*. 29.09.1991. S. 11.

13 Čubajs, Anatolij: Missija Rossii v XXI veke. In: *Nezavisimaja gazeta*. 01.10.2003. www.ng.ru/ideas/2003-10-01/1_mission.html

14 Škoda, Valdimir: Začem liberalu deržavnoe veličie? In: *Den'*. 08.10.2003. <https://day.kyiv.ua/ru/article/panorama-dnya/zachem-liberalu-derzhavnoe-velichie>

te. Wann schlugen die Frustration über die neue, bescheidenere Position in der Weltgemeinschaft, die Realitäten des postsowjetischen Kapitalismus, der ›Pragmatismus‹ im Umgang mit den Gesetzen, der immer mehr den Tatbestand einer systemischen Korruption erfüllte, die Erkenntnis, dass die Verhandlungen mit den stärkeren Partnern die Abhängigkeit von diesen nur weiter steigerten, in eine Stimmung um, bei der die Kontrahenten der Perestrojka- und Reformzeit auf sich einmal näherkamen? Wann bekam die Sowjetnostalgie, losgelöst von irgendwelchen Sozialismusvorstellungen, wieder einen Platz in der Ideologie der russländischen Führung? Und warum sah und sieht die diese Führung das nationale Interesse nicht mehr vorrangig darin, die Hausaufgaben der westlichen Lehrer zu erledigen, sondern darin, Mittel zu finden, sich gegen diese zu behaupten? Antworten auf diese Fragen würden den Rahmen dieses Bandes sprengen, an dieser Stelle belassen wir es dabei, darauf hinzuweisen, dass es nicht nur die undemokratische Vergangenheit des Ex-Geheimdienstlers Putin ist, mit der die politisch-ideologische Metamorphose Russlands erklärt werden kann.

Aktuell wird der Posten des Stellvertretenden Leiters der Präsidialverwaltung, einer der wichtigsten innenpolitischen Ämter in Russland, von Sergei Kirijenko bekleidet. Kirijenko führte früher Seite an Seite mit Boris Nemzow¹⁵ die Partei *Union der rechten Kräfte* an, fungierte 1998 kurzzeitig Regierungschef und ist heute vor allem mit dem Aufbau der Verwaltung der ›neuen Gebiete‹ in den von Russland kontrollierten Teilen des Donbass sowie den Gebieten Saporischschja und Cherson betraut. Vor Kurzem deckte die oppositionelle Website *Meduza* die seit Langem bestehenden engen Kontakte zwischen Kirijenko und den Anhängern des Philosophen Georgi Schedrowitzki (1929–1994) auf.¹⁶ Zur Sowjetzeit galt der 1968 aus der KPdSU ausgeschlossene Schedrowitzki zwar nicht als offener Dissident, jedoch als origineller heterodoxer Denker, dessen Lehre sowohl bei den Funktionären als auch bei den Regimekritikern auf Interesse stieß. Aus seinem *Moskauer Methodologischen Kreis* entstand eine Art Sekte, die ›methodologische Spiele‹ zur Effektivitätssteigerung der ›Denkprozesse‹ mit den Führungskräften aus der Wirtschaft durchführte und die mit Beginn

15 Später wurde Nemzow zu einem der Anführer der liberalen Opposition, 2015 fiel er einem Mord zum Opfer.

16 Percew, Andrej: Stancujem val's bol'soj vojny. In: *Meduza*. 06.09.2022. <https://meduza.io/feature/2016/10/26/schedrovityane-kto-formiroval-mirovozzrenie-sergeya-kirienko>

der Perestrojka auf immer mehr Interesse stieß. Ihre Kritiker werfen den >Methodologen< vor, ausgehend von Schedrowitzkis Idee von der Notwendigkeit einer >Methode des Denkens< und völlig losgelöst von jedem Inhalt und jedem konkreten Wissen eine Vorstellung von der kompletten Manipulierbarkeit des Menschen zu entwickeln.¹⁷ Die bis heute aktiven Schüler Schedrowitzkis¹⁸ waren in das staatliche PR-Management- und die >Polittechnologie<-Aktivitäten der 1990er- und 2000er-Jahre involviert. Unter anderem entstammte der Begriff >Russische Welt< (*Russkij mir*), den Putins Propaganda seit 2014 intensiv nutzt, ihrem Brainstorming. Allerdings war damit ursprünglich nicht die territoriale Expansion gemeint, sondern die Nutzbarmachung der russischen Diaspora für die Verbreitung russländischer Exportprodukte.¹⁹ Zu dem Kreis von Schedrowitzki-Adepten gehörte auch der Politologe Timofej Sergejzew, der erst für solche ukrainische Politiker, wie Leonid Kutschma, Wiktor Janukowitsch und sogar den prowestlichen Arseni Jatsenjuk als >Polittechnologe< arbeitete und später wegen seiner Forderung nach der >Deukrainisierung< der Ukraine nach dem Sieg Russlands berüchtigt wurde.²⁰

Dass Schedrowitzki selber keineswegs ein schlichter Erfinder von Werbetechnologien, sondern ein zutiefst antidemokratischer Denker war, der den revolutionären Terror nach 1917 als eindringliche Warnung vor der Beteiligung der manipulierbaren Massen an der Politik ansah, lässt sich aus dem neuesten Interview seines Sohnes und Bewahrer seines theoretischen Erbes, Pjotr Schedrowitzki, entnehmen.²¹ Die Vorstellung, dass jede soziale Bewegung lediglich ein Ergebnis von Manipulation ist, war in der Ideologie von Putins Russland von Anfang an omnipräsent. Zuerst wurde sie von dem ehemaligen Dissidenten, dem autodidaktischen Politikwissenschaftler, Wahlkampfberater Jelzins und >Polittechnologe< Gleb Pawlowski verbreitet. Pawlowskis *Stiftung für effektive Politik* galt als >Think-Tank< der

17 Ebd. Vgl.: Percey, Andrej: Kremlevskij mečtatel'. Kto formiroval mirovozerenie Kirienko. In *Carnegiemoscow.org*. 16.10.2016. <https://carnegiemoscow.org/commentary/64928>

18 Siehe dazu: <http://gp.metod.ru>.

19 Ebd.

20 Vgl.: Sergejzew, Timofej: »Was Russland mit der Ukraine tun sollte« [Dokumentiert]. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 5. (2022). S. 63–70; Venjavkin, Il'ja: Der De-Ukrainisator Timofej Sergejzew: »Methodologe«, Polittechnologe, Kriegspropagandist. In: *Osteuropa*. 4–5. (2022). S. 59–77.

21 Šedrovickij, Pëtr: »Rossija vozvraščaetsja v istoriju«. Poka ne Pozner. 06.08.2020. https://www.youtube.com/watch?v=qHA4K92_EhE

›gelenkten Demokratie‹. Später hat einer der Amtsvorgänger Kirijenkos in der Präsidialverwaltung, Wladislaw Surkow, die Gründung von loyalen Fake-Parteien mit verschiedenen Zielgruppen zu einem der wichtigsten Mittel der Abwehr der ›orangenen Gefahr‹ erkoren. Da alle ›regime changes‹ in der Folge der ›farbigen Revolutionen‹ im Kreml lediglich als Ergebnis von geheimdienstlichen Aktivitäten gedeutet wurden,²² erschien nur eine massive Gegenmanipulation der ›verführbaren Massen‹ als probates Antidot gegen die Manipulation von außen, an deren Allmacht die Führung scheinbar zu glauben vermag.

Solche Vorstellungen erklären, warum die Propaganda des Kremls so betont eklektizistisch in Erscheinung tritt, sich gleichzeitig an sich ausschließende Positionen wendet und nur schwer in ›Links-rechts-Schema‹ einzuordnen ist.

Wie rechts ist Ukraine?

Die Debatte ist in die Fernsehgeschichte des postsowjetischen Russlands eingegangen: Am 25. April 1993 stritten in der Sendung »Itogi« der damalige Vizepräsident Alexander Ruzkoi und der ehemalige Regierungschef Jegor Gajdar über die radikalen Marktreformen. Gajdar hielt die von seinem Kabinett verordnete Schocktherapie für alternativlos. Als abschreckendes Beispiel, was passiert, wenn man versucht, den Übergang zur Marktwirtschaft mit sozialen Maßnahmen zur verzögern, führte er die Ukraine an. Inflation und Perspektivlosigkeit sei der Preis für derartigen Populismus. Im Oktober 1993 wurden für drei Tage aus den Diskussionskontrahenten militärische Gegner – der ehemalige Jelzin-Vertraute Ruzkoi erkannte die Auflösung des Obersten Sowjets, der Legislative des Landes, durch den Präsidenten nicht an, und versuchte ihn in einem Bündnis mit Kommunisten und Nationalisten zu entmachten. Der stellvertretende Regierungschef Gajdar hingegen unterstützte die Auflösung des reformfeindlichen Sowjets und den verhängten Notstand und rief alle ›Anhänger der Demokratie‹ zur Unterstützung des Präsidenten auf. Seine politische Karriere war nach Jelzins Sieg abrupt beendet.

22 Bezeichnenderweise haben loyale Autoren schon den »ersten Maidan« 2004/2005 ungeachtet davon, dass seine Führungsfiguren sich eher liberal-konservativ verordneten als eine Fortsetzung der zerstörerischen revolutionären Tendenzen in der Geschichte verortet. Siehe z.B.: Ionin, Leonid: *Apdejt konservativizma*. M. 2010.

Heute, rund dreißig Jahre später, scheint die Ukraine so konsolidiert in ihrem Willen zu sein, die Marktreformenten durchzuführen und sich um die ökonomische, politische und militärische Integration in die westlichen Bündnisse zu bemühen, wie noch nie. Diese Bereitschaft wird durch die demonstrative Entsorgung der sowjetischen Vergangenheit in Form der ›Dekommunisierung‹ unter Beweis gestellt. Das Phänomen der Sowjetnostalgie gilt seit 2014 als staatsgefährdend.

Noch 2014 spielten auch die Hoffnungen darauf, dass in den »Volksrepubliken« Rätestrukturen entstehen und Oligarchen enteignet werden, eine Rolle bei den Positionierungen vieler russischer, aber auch belorussischer und ukrainischer Linker.²³ Die im linken Lager verbreiteten Sympathien für Anti-Maidan-Kräfte und die »Volksrepubliken« trieben linke und liberale Oppositionelle nach einer Phase der Annäherung 2012–2013 wieder weiter auseinander.²⁴ Doch die Präsenz der rechtsradikalen Kräfte, ausbleibende Änderungen der Eigentumsverhältnisse und die immer deutlich werdende Kontrolle Moskaus versetzten den Hoffnungen auf den Donbass als Laboratorium für Alternativen einen Dämpfer.²⁵

Aus der Sicht der überwiegenden Mehrheit der russischen Linken waren allerdings alle Kiewer Regierungen seit 2014 ein größeres Übel. Deren Bekenntnis zur Marktwirtschaft wurde von einem symbolischen Antikommunismus begleitet, sowie zumindest zeitweise auch von einer Toleranz gegenüber rechtsradikaler Gewalt. Weitere Teile der russischen Linken haben daraufhin die These vom faschistischen Wesen der ukrainischen Regierung, des Staates oder gar des Nationalbewusstseins teilweise in einer noch radikaleren Form vertreten als die offizielle Propaganda das forciert. Bei der ersten ›Orangen Revolution‹ 2004/2005 war für die Anti-Maidan-Linke noch die Einschätzung zentral, die ›Orangen‹ würden für Neoliberalismus und das ›blaue‹ Lager der Befürworter von Wiktor

23 Kurnaševskij, Boris: *Nekotorye ukrainskie levye i vojna v Dobasse*. 25.7.-27.08.2014. http://saint-juste.narod.ru/Ukrainskie_levye.html; Tarasov, Aleksandr: *Kakoj harakter nosit vojna na Donbasse? Neobhodimoe zamečanie k stat'e B. Kurnaševskogo*. 28.–29.08.2014. http://saint-juste.narod.ru/Kakoj_harakter.html; Volodarskij, Aleksandr: *Levyje razdelenyye Maidanom*. In: *Left.by*. 14.7.2014. <http://left.by/archives/2438>

24 Putilov, Egor: *Karmannye revoljucionery*. In: *Colta.ru*. 18.09.2014. <https://www.colta.ru/articles/society/4683-karmannye-revoljucionery>

25 Weinmann, Ute: *Von Befreiung keine Spur: kritische Perspektiven auf die Konflikte um den Donbass und die Krim*. Berlin 2015

Janukowitsch für einen halbherzigen Staatsprotektionismus stehen. Heute steht die Faschismusfrage im Vordergrund.

Allerdings brüskierte Putin das Lager der sowjetnostalgischen Linken gleich zu Beginn der ›Spezialoperation‹ durch seine harsche Kritik an Lenin und an seinem Modell der Föderation der nationalen Sowjetrepubliken. In seinen historischen Auslassungen vermischt Putin immer wieder widersprüchliche Vorstellungen: einerseits die sowjetische Konzeption der Existenz einer eigenständigen, jedoch auf besondere Weise dem russischen Volk verbundenen Entität der Ukrainer*innen und andererseits die aus der Herrschaftszeit des Zaren Alexander II stammende Doktrin, es gäbe weder eine ukrainische Nation noch eine ukrainische Sprache.²⁶ Den Beitrag der Bolschewiki zum ukrainischen ›nation bulding‹ wertete Putin in seiner Rede vom 24. Februar 2022, in der er den Beginn der ›Spezialoperation‹ begründete, als eindeutig negativ.²⁷ Dagegen lobte er das sowjetische Geschichtsnarrativ und die Gründung der eigenen Sowjetrepublik als einen Beitrag zur Entwicklung der eigenen ukrainischen Kultur – unter Anerkennung ihrer angeblichen besonderen Nähe zur russischen.

Jedoch sorgten nicht nur die geschichtspolitischen Begründungen dafür, dass die kritischen Stimmen zum aktuellen Ukraine-Kurs in diesem Spektrum der Linken zunahmen. Vielen Vertreter*innen entging nicht, dass – anders als bei der ersten ›Orangen Revolution‹ und dem Konflikt von 2014 – die Invasion Russlands die ukrainische Gesellschaft nicht spaltet, sondern konsolidiert. Der nationale Zusammenhalt angesichts der wachsenden zivilen Opfer spielt keineswegs den verbliebenen ukrainischen Linken in die Hände und scheint die positiven Erinnerungen an die Sowjetzeit effektiver zur eliminieren als alle politischen Kampagnen davor.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die Pro- und Antimaidanfraktionen der Linken in der Ukraine, Russland und Belarus sich 2014 noch im Diskussionsprozess befanden und viele Vertreter*innen der ukrainischen Seite, die heute für den bewaffneten Kampf gegen Putin sind, damals

26 Putin, Vladimir: *Ob istoričeskom edinstve russkih i ukraincev*. 12.7.2021. <http://kremlin.ru/events/president/news/6618>; Zur Vorgeschichte siehe: Miller, Aleksej: *»Ukrainskij vopros« v politike vlastej i ruskom obščestvennom mnenii (vtoraja polovina XIX veka*. SPb, 2000.

27 Zu der Bedeutung der Sowjetzeit für die Nationwerdung siehe: Martin, Terry: *The Affirmative Action Empire. Nations and nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Ithaca 2001.

noch die »Antiterroristische Operation« der ukrainischen Streitkräfte im Donbass verurteilen.

Häufig wird als Erklärung des Ukraine Konflikts der Verweis auf den »Marionettenstatus« der dortigen Regierungen gegenüber den USA seit 2014 benutzt, während die Befürworter von Maidan wiederum in dem damals gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch eine »Marionette des Kremls« sehen. Die Marionetten-Metapher kam schon während des »Kalten Krieges« in der politischen Rhetorik verstärkt zum Einsatz. Für die Geschichtswissenschaft heute ist seit Langem bekannt, wie schwierig und konfliktreich die Beziehungen zwischen großen und kleinen Partnern in jener Zeit waren. Kein Forscher würde heute noch das Verhältnis der USA zu Taiwan, Israel und Südvietnam oder das Verhältnis der UdSSR zu Kuba, der DDR oder Nordvietnam als das Verhältnis von Strippenzieher zu Marionette bezeichnen. Ernstgemeinte Analysen sollten den Subjektstatus der politischen Akteure nicht außen vor lassen.

Zu den wichtigsten Begründungen, welche die russische Invasion legitimieren sollen, gehört die Behauptung, in der Ukraine sei ein »nazistisches Regime« an der Macht. Je stärker die Unterstützung der Ukraine in den westlichen Ländern zum neuen Nationalkonsens wird, desto schwieriger wird es, über das wahre Ausmaß des Einflusses der Rechtsradikalen in der Ukraine zu diskutieren. Der vorliegende Band ist nicht der Situation in der Ukraine, sondern jener in Russland gewidmet. Daher seien an dieser Stelle nur zu einigen sehr verbreiteten Argumenten einige notwendige Hinweise angeführt.

Immer wieder wird in der »antiimperialistischen« Fraktion der Linken die positive Würdigung der faschistischen Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und des Anführers deren nationalrevolutionärer Fraktion, Stepan Bandera, als ultimativer Beweis für das faschistische Wesen des ukrainischen Staates angeführt. Dies bedarf einer wichtigen Klarstellung:

Im Gegensatz zu der von deutschen Antiimperialisten gern aufgegriffenen russländischen Propaganda ist der vorherrschende Nationalismus des ukrainischen Staates nicht völkisch-biologistisch begründet. Vielmehr können auch Vertreter von Minderheiten in die nationalen Reihen aufgenommen werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass diese sich mit der nationalen Geschichte identifizieren und bereit sind, die behaupteten Unterschiede zu anderen Nationen – primär zur russischen – anzuerkennen und zu pflegen.